

## Abschlussbericht Rödl & Partner, Teil 1: Kernverwaltung

Nummer	Dez.	Maßnahme	Vorschlag der Verwaltung <sup>1</sup>	Anmerkung der Verwaltung	Meinungsbild Klausur HFA 19.06.2010	Beschlussfassung Rat 22.06.2010
1.	Dez. I	Verringerung der entgoltenen Überstunden	+	Eine gesonderte Betrachtung erfordert die Abwicklung der Überstunden im Bereich des sog. „Winterdienstes“. Hierzu wird die Verwaltung einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten.	+	Einstimmig beschlossen
2.	Dez. I	Verringerung des Zuschussbedarfs für Informations- und Kommunikationsdienstleistungen	Grds. +	Der Bürgermeister wird beauftragt, Gespräche mit den Mitgliedskommunen sowie den Verbandsvorstehern zu führen. Nach den aktuellen Auskünften der Gemeindeprüfungsanstalt NRW ist die GKD derzeit der preiswerteste Zweckverband in NRW.	+	Einstimmig beschlossen
3.	Dez. I	Verringerung der Anzahl der Ratsmitglieder		Zu diesem Vorschlag unterbreitet die Verwaltung <u>keine</u> Empfehlung.	+(mit großer Mehrheit)	Mehrheitlich bei 10 Gegenstimmen beschlossen

<sup>1</sup> Bei Zustimmung: „+“;  
bei Ablehnung: „-“;  
bei Anmerkungen wurde der Zusatz „Grds.“ eingefügt.  
„teilweise“: teilweise Zustimmung

4.	Dez. I	Veränderung der Wahrnehmung der Frühstückspausen auf den Baustellen	+		+	Einstimmig beschlossen
5.	Dez. I	Auflösung Schreibdienst	+		+	Einstimmig beschlossen
6.	Dez. I	Jahrmärkte, Großveranstaltungen, Citymanagement, Stadtmarketing	+	Die Maßnahme wurde zum Teil schon selbst umgesetzt (Schokofestival).	+	Einstimmig beschlossen
7.	Dez. II	Erhöhung Vergnügungssteuersatz	+		+(mit Mehrheit – in der von Rödl & Partner vorgeschlagenen Höhe)	Mehrheitlich bei 13 Gegenstimmen beschlossen entsprechend des Meinungsbildes des Haupt- und Finanzausschusses vom 19.06.2010
8.	Dez. II	Zusammenlegung Stadtkasse mit Stadtkämmerei und Steueramt	+		+	Einstimmig beschlossen
9.	Dez. II	Personalausstattung im Bereich Zahlungsabwicklung	+		+	Einstimmig beschlossen
10.	Dez. II	Erhöhung der Erträge aus Grundstücksverkäufen	Grds. +	Auf die Schwierigkeiten bei der Zielerreichung wird seitens der Verwaltung hingewiesen. Grundsätzlich wird der Umsetzung dieser Maßnahme zugestimmt.	+	Einstimmig beschlossen

11.	Dez. II	Neuorganisation der Abteilungen Liegenschaften und Wohnungswesen	+		+	Einstimmig beschlossen
12.	Dez. II	Optimierung des Personaleinsatzes im Wohnungswesen	+		+	Einstimmig beschlossen
13.	Dez. II	Wirtschaftliche Betätigungen, Erhöhung der Ausschüttung/Abführung an den städtischen Haushalt	+		+	Mehrheitlich bei 4 Gegenstimmen entsprechend des Meinungsbildes des Haupt- und Finanzausschusses vom 19.06.2010
14.	Dez. III	Konzentration der Verwaltung/Aufgabe der Verwaltungsnebenstellen	+		- Mehrheit für folgenden Alternativvorschlag: Aufgabe Verwaltungsnebenstelle Sande; Einsparung von 3,57 Stellen; es verbleiben 2 Stellen für gemeinsamen Bürgerservice mit Standorten in Schloß Neuhaus (3 Tage) und Elsen (2 Tage); in Elsen Nutzung der neuen Sparkasse; Verwertung der Gebäude in Sande und Elsen; Kompensation der reduzierten Stelleneinsparung durch Wiedereinführung einer kostenpflichtigen Parkraumbe-wirtschaftung in Schloß Neuhaus und Einführung einer kostenpflichtigen Parkraum-	Mehrheitlich bei 17 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen beschlossen entsprechend des Meinungsbildes des Haupt- und Finanzausschusses vom 19.06.2010

					bewirtschaftung in Elsen.	
15.	Dez. III	Zusammenführung Einwohner- und Standesamt sowie Ordnungsamt	Grds. +	Perspektivisch wird die Verwaltung diesen Vorschlag zu gegebener Zeit weiterverfolgen (Organisationsentscheidung des BGM.)	+ Einsparungsvolumen wird im Haushalt zum nächstmöglichen Zeitpunkt realisiert (Organisationsentscheidung des Bgm.).	Einstimmig beschlossen entsprechend des Meinungsbildes des Haupt- und Finanzausschusses vom 19.06.2010
16.	Dez. III	Überwachung des ruhenden und fließenden Verkehrs, Ausweitung der Verkehrsüberwachung	+		+	Einstimmig beschlossen
17.	Dez. III	Verkehrsrechtliche Genehmigungen; Erhöhung der Sondernutzungsgebühren	+		+	Einstimmig beschlossen

18.	Dez. III	Museen und Galerien; Erhebung von Eintrittsgeldern für die städtischen Museen	+		<p>+ Mehrheit: Schaffung einer differenzierten Gebührenordnung für Eintrittsgelder; Differenzierung nach Standorten; freier Eintritt für Schulklassen und Kinder bis einschl. 12 Jahre; Jahreskarte für alle Museen im Stadtgebiet.</p> <p>Minderheit: Verzicht auf die Erhebung von Eintrittsgeldern; Werbung zur Stärkung der Spendenbereitschaft (Information der Verwaltung: Spendenaufkommen 2009 11.600 €).</p>	Mehrheitlich bei 26 Gegenstimmen beschlossen entsprechend des mehrheitlichen Meinungsbildes des Haupt- und Finanzausschusses vom 19.06.2010
19.	Dez. III	Museen und Galerien; Priorisierung der musealen Einrichtungen	+		+ (1 Enthaltung) Suche nach einer ehrenamtlichen Lösung zum Weiterbetrieb des Museums im Remter Schloß Neuhaus bis zum 30.09.2010; anderenfalls Schließung des Museums.	Einstimmig bei 3 Enthaltungen beschlossen entsprechend des Meinungsbildes des Haupt- und Finanzausschusses vom 19.06.2010
20.	Dez. III	Unterricht; Ertragssteigerungen durch Veränderung der Gebührenordnung	Grds. +	Grundsätzlich wird der Umsetzung der Maßnahme zugestimmt. Art und Weise der Umsetzung werden durch die Verwaltung vorgeschlagen.	+	Einstimmig beschlossen
21.	Dez. III	Unterricht; Anhebung des Anteils der durch Honorarkräfte erbrachten Unterrichtsstunden	Grds. +	Vom Grundsatz her wird der Umsetzung der Maßnahme zugestimmt, eine Haushaltsentlastung bereits ab dem	+ (Ziel wird mehrheitlich unterstützt) Die Umsetzung kann nur in	Mehrheitlich bei 22 Gegenstimmen beschlossen entsprechend des Meinungsbildes des Haupt- und Finanz-

		in der Musikschule		Jahr 2010 ist wegen bestehender Verträge nicht umsetzbar.	Absprache mit der Leitung der Musikschule erfolgen.	ausschusses vom 19.06.2010
22.	Dez. III	Archiv; Effizienzsteigerung im Stadtarchiv	+		+ Die vorgeschlagene Stellenreduzierung kann auch an anderer Stelle in der Verwaltung erfolgen.	Einstimmig beschlossen entsprechend des Meinungsbildes des Haupt- und Finanzausschusses vom 19.06.2010
23.	Dez. III	Kulturwerkstatt, Optimierung Kostendeckungsgrad	Grds. +	Der Umsetzung der Maßnahme wird grundsätzlich zugestimmt. Die Umsetzbarkeit erscheint jedoch fraglich, die Optimierung des Kostendeckungsgrades soll entsprechend der Diskussion zu Maßnahme Nr. 42. erfolgen.	+	Mehrheitlich bei 13 Gegenstimmen beschlossen
24.	Dez. III	Kulturwerkstatt; Einbindung der Mitglieder in die Leistungserbringung	-	Sowohl der Vorschlag als auch das Volumen zur Haushaltsentlastung erscheinen unrealistisch vor dem Hintergrund der bei einer Einbindung der Mitglieder in die Leistungserbringung entstehenden Überprüfungserfordernisse.  Auch für 24. gilt, dass die Optimierung des Kostendeckungsgrades entsprechend der Diskussion zu Nr. 42 erfolgen soll.	+(mit Mehrheit) Gemeinsam mit den Gremien der Kulturwerkstatt zeitnah Möglichkeiten erarbeiten – z. B. analog den Regelungen zur Nutzung von Sporthallen – um bis 2016 ein Einsparvolumen zu realisieren.	Mehrheitlich bei 26 Gegenstimmen beschlossen entsprechend des Meinungsbildes des Haupt- und Finanzausschusses vom 19.06.2010

25.	Dez. IV	Anpassung des Personaleinsatzes für Schulsekretärinnen	Grds. +	Die Umsetzung der Maßnahme wird als problematisch angesehen, da dies eine Schulschließung(en) voraussetzt. Dies ist nur bei einer gleichzeitigen Optimierung der Schulinfrastruktur möglich. Die Schulentwicklungsplanung ist entsprechend anzupassen. Eine Umsetzung der Maßnahme ohne diese Randbedingungen erscheint nicht realistisch.	+ Zielerreichung über Schulentwicklungsplanung und Alternativen, wie z. B. die Nutzung von Synergien von Schulsystemen in räumlicher Nachbarschaft; Anbringung von kw.-Vermerken entsprechend des Vorschlages von Rödl & Partner.	Mehrheitlich bei 26 Gegenstimmen beschlossen entsprechend des Meinungsbildes des Haupt- und Finanzausschusses vom 19.06.2010
26.	Dez. IV	Optimierung der Schulhausmeisterdienste; Bildung von Hausmeisterpools	+		+ Poolbildung; Zuordnung der Hausmeister zu einzelnen Schulen wird im Hinblick auf Verantwortlichkeit als wichtig erachtet; freie Arbeitszeitkapazitäten sollen flexibel entsprechend der beruflichen Vorbildung der Mitarbeiter an anderen Schulen und städtischen Gebäuden genutzt werden.	Mehrheitlich bei 4 Gegenstimmen und 1 Enthaltung beschlossen entsprechend des Meinungsbildes des Haupt- und Finanzausschusses vom 19.06.2010
27.	Dez. IV	Anpassung der Elternbeitragsatzung für die offene Ganztagschule	Grds. +	Dem Vorschlag wird grundsätzlich zugestimmt. Art und Weise der Umsetzung werden durch die Verwaltung vorgeschlagen. Eine Gleichbehandlung zu 39. ist anzustreben.	+ (mit Mehrheit) Ergänzung zum Vorschlag des JHA: Modifizierung Geschwisterkinderregelung – bis Familieneinkommen 45.000 € sind Geschwisterkinder beitragsfrei; über 45.000 € Staffelung 2. Kind	Mehrheitlich bei 21 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen beschlossen entsprechend des Meinungsbildes des Haupt- und Finanzausschusses vom 19.06.2010

					50 %, 3. Kind 25 %, ab 4. Kind frei.	
28.	Dez. IV	Optimierung der Schulinfrastruktur	+	Die Maßnahme ist im Rahmen der Schulentwicklungsplanung abzarbeiten (siehe Maßnahme 25.)	+ (mit Mehrheit) Zielplanung machbar wegen demographischer Entwicklung; aktuell keine Entscheidung über einzelne Schulen.	Mehrheitlich bei 29 Gegenstimmen beschlossen entsprechend des Meinungsbildes des Haupt- und Finanzausschusses vom 19.06.2010
29.	Dez. IV	Verdichtung der Bibliothekstandorte und Einführung RFID	+		+ <u>RFID</u> + <u>Zentralbibliothek und Kombi/KiBi</u> Langfristig Unterbringung der Zentralbibliothek und der Bibliotheksverwaltung an einem Standort; mittelfristig Reduzierung der Miete ComBi/KiBi in der Rathauspassage. + <u>Stadtteilbibliotheken</u> (mit Mehrheit) Ehrenamtliche Lösung für die Stadtteilbibliotheken in Schloß Neuhaus und Elsen bis zum 30.09.2010 finden (1/2 Stelle zur Koordination / Medienbeschaffung soll zur Verfügung gestellt werden); anderenfalls diskutiert der Kulturausschuss über Alternativen. Aufgabe der Stadtteilbibliotheken in Wewer, Dahl und Sande; hier werden	<u>RFID</u>  Einstimmig bei 6 Enthaltungen beschlossen  <u>Zentralbibliothek und Kombi/KiBi</u>  Einstimmig beschlossen  <u>Stadtteilbibliotheken</u>  Mehrheitlich bei 25 Gegenstimmen beschlossen entsprechend des Meinungsbildes des Haupt- und Finanzausschusses vom 19.06.2010

					keine Räumlichkeiten mehr zur Verfügung gestellt. Ehrenamtliche Lösungen zur Weiterführung des Medienbestandes können bis zum 30.09.2010 gesucht werden.	
30.	Dez. IV	Einführung Jahresgebühr (Bibliothek)	+		+	Keine Beschlussfassung; der Rat hatte bereits am 20.05.2010 die Einführung einer Jahresgebühr für die Stadtbibliothek beschlossen
31.	Dez. IV	Anpassung der Entgeltordnung der Volkshochschule	Grds. +		+	Mehrheitlich bei 5 Gegenstimmen beschlossen
32.	Dez. IV	Optimierung der räumlichen Unterbringung Volkshochschule	Grds. +	Dem Vorschlag wird grundsätzlich zugestimmt. Das Thema ist insgesamt im Zusammenhang mit der Maßnahme „Stadelhof“ zu bewerten.	+	Einstimmig beschlossen
33.	Dez. IV	Freiwillige Hilfen und Zuschüsse; Einführung einer leistungsorientierten Bezuschussung	+		+(mit Mehrheit) Volumen soll erwirtschaftet werden; kein Rasenmäherprinzip; Einzelprüfung; Regelung durch Leistungsvereinbarungen.	Mehrheitlich bei 25 Gegenstimmen beschlossen entsprechend des Meinungsbildes des Haupt- und Finanzausschusses vom 19.06.2010

34.	Dez. IV	Übergangsheime für Aussiedler und ausländische Flüchtlinge; Schließung des Übergangsheims für Spätaussiedler	Grds. +	Dem Vorschlag wird grundsätzlich zugestimmt. Auf mögliche Schwierigkeiten bei der Umsetzung wird hingewiesen.	+	Einstimmig beschlossen
35.	Dez. IV	Hilfen zur Erziehung; Stärkung der Pflegequote	+	Seitens der Verwaltung besteht die Bereitschaft, einen derartigen Versuch zu starten.	+	Einstimmig beschlossen
36.	Dez. IV	Hilfen zur Erziehung; Aufbau eines präventiven Ansatzes für Hilfen nach § 31 SGB VIII	-	Es wird bezweifelt, dass durch die Einstellung eines Mitarbeiters/ - in Einsparungsergebnisse erzielt werden können.	+ Modellversuch; 0,5 Stellen einrichten bzw. vorzugsweise Leistung durch Leistungsvereinbarung beziehen; Befristung auf 5 Jahre; jährlicher Bericht an JHA; vorzeitiger Ausstieg, wenn notwendig.	Mehrheitlich bei 1 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen beschlossen entsprechend des Meinungsbildes des Haupt- und Finanzausschusses vom 19.06.2010
37.	Dez. IV	Hilfe in Notsituationen/ Inobhutnahmen; Verkürzung der Verweildauer nach § 42 SGB VIII	+		+	Einstimmig beschlossen
38.	Dez. IV	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen unter 2 Jahren, Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen über 2 Jahren; Bereitstellung des Personals für den geplanten U3-	teilweise +	Der Regelbetrieb kann fortgeführt werden, der Bildungsanspruch des Kibiz kann jedoch bei Umsetzung der Maßnahme nicht mehr in dem geforderten Maße erfüllt werden; der Personaleinsatz soll nicht unter den Personal-	- Ergebnis JHA 17.06.2010 (siehe am Ende dieser Übersicht); Vorschlag Rödl & Partner wurde abgelehnt; erneute fraktionsinterne Beratung.	Einstimmig beschlossen entsprechend der Beschlussempfehlung des Jugendhilfeausschusses: Dem Vorschlag von Rödl & Partner wird nicht zugestimmt. Es sind Kompensationsmöglichkeiten durch Einsparungen im Per-

		Ausbau		einsatz katholischer Träger sinken.		sonalhaushalt oder anderen Bereichen der Eigenbetriebe/Gesellschaften zu erzielen.
39.	Dez. IV	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen unter 2 Jahren, Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen über 2 Jahren; Neugestaltung der Elternbeitragsatzung	Grds. +	Der Umsetzung des Vorschlages wird grundsätzlich zugestimmt. Es soll eine Befristung eingebaut werden. Nach Ablauf der Befristung soll der Erreichungsgrad evaluiert werden. Geschwisterkinderregelung? Maßnahme ist analog zu 27. zu behandeln.	+ (mit Mehrheit) Ergänzung zum Vorschlag des JHA: Modifizierung Geschwisterkinderregelung – bis Familieneinkommen 45.000 € sind Geschwisterkinder beitragsfrei; über 45.000 € Staffelung 2. Kind 50 %, 3. Kind 25 %, ab 4. Kind frei. (Information der Verwaltung: Die Wenigereinnahme gegenüber dem Vorschlag von Rödl & Partner beträgt ca. 140.000 €)	Mehrheitlich bei 12 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen beschlossen entsprechend des Meinungsbildes des Haupt- und Finanzausschusses vom 19.06.2010
40.	Dez. IV	Förderung von Maßnahmen in städtischer Trägerschaft; Neuausrichtung der Jugendarbeit	+	Die Maßnahme soll sich auf alle Zuschussnehmer, somit auch auf die freien Träger, erstrecken.	+ (mit Mehrheit) Erfassung freier Träger; Verzicht auf Schließungen; Erhalt der Jugendtreffs durch Änderung der Öffnungszeiten	Mehrheitlich bei 25 Gegenstimmen beschlossen entsprechend des Meinungsbildes des Haupt- und Finanzausschusses vom 19.06.2010
41.	Dez. IV	Übergreifend, Einführung eines dezentralen Fachcontrollings	Grds. +	Es soll eine Befristung eingebaut werden, nach Ablauf der Befristung soll der Erreichungsgrad evaluiert werden.	+	Einstimmig beschlossen
42.	Dez. IV	Erhebung von Nutzungsentgelten für	Grds. +	Der Maßnahme wird grundsätzlich zugestimmt. Art und	+ (mit Mehrheit)	Mehrheitlich bei 25 Gegenstimmen beschlossen ent-

		städtische Sporthallen und Sportanlagen		Weise werden von der Verwaltung vorgeschlagen, die steuerlichen Auswirkungen müssen bei der Umsetzung der Maßnahme vorab geprüft werden (siehe auch 43.).	Gilt auch für 43. Reduzierung der Sportförderung um 100.000 €; Zusammenlegung des Schulverwaltungsamtes und des Sportamtes – Einsparung einer Amtsleiterstelle 80.000 €; Einsparung einer Stelle im Sportamt 50.000 €; Prüfung, inwieweit Einsparung einer Stelle beim Amt für Umweltschutz und Grünflächen – Sportflächenpflege – 50.000 € - möglich ist; alternativ Einsparung einer Stelle bzw. mehrerer Stellenanteile in der Verwaltung oder den städtischen Eigenbetrieben/Gesellschaften; verbleibender Betrag von 350.000 bzw. 400.000 € ist über Hallennutzungsentgelte zu erheben; steuerliche Vorteile sind zu nutzen; verbindliche Anfrage beim Finanzamt	sprechend des Meinungsbildes des Haupt- und Finanzausschusses vom 19.06.2010; gemeinsame Beschlussfassung mit Punkt 43
43.	Dez. IV	Überführung der städtischen Sportanlagen und Sporthallen in einen Betrieb gewerblicher Art	Grds. +	Der Maßnahme wird grundsätzlich zugestimmt. Art und Weise werden von der Verwaltung vorgeschlagen. Die Frage eines steuerlichen BgA ist mit der Finanzverwaltung abzustimmen. Der steuerliche Zusatzeffekt müsste auf jeden Fall erzielt werden (siehe auch 42.).	Siehe Punkt 42	Siehe Punkt 42

44.	Dez. V	Erhöhung der Sonder- nutzungsgebühren, Anpassung Gebühren- satzung	+		+	Einstimmig beschlossen
45.	Dez. V	Öffentliche Beleuch- tung; Reduzierung der Kosten der Straßenbe- leuchtung	Grds. +		+	Einstimmig beschlossen
46.	Dez. V	GU Verkehrsgrün, Re- duzierung der Unter- haltskosten für das Verkehrsgrün	+		+	Einstimmig beschlossen
47.	Dez. IV	GU Spiel- und Sport- plätze, Neuausrichtung der Spielplatzbedarfs- plane und der Spiel- platzstruktur	+	Es liegt die Zuständigkeit von StA 51 vor.	+	Einstimmig beschlossen
48.	Dez. V	Übergreifend; Einsatz von Saisonkräften	+		+( mit Mehrheit)	Mehrheitlich bei 27 Gegen- stimmen beschlossen
49.	Dez. V	Grünplanung, Neubau und Instandsetzung von Grünflächen; Re- duzierung des Perso- naleinsatzes im Be- reich Planung und Bau	+		+	Einstimmig beschlossen
50.	Dez. V	Wald- und Biotoppfle- ge; Vergabe von Lei- stungen im Produktbe- reich Forst	+		+	Einstimmig beschlossen

51.	Dez. V	Grünplanung, Neubau und Instandsetzung von Grünflächen; Weiterentwicklung des dezentralen Controlling	+		+	Einstimmig beschlossen
52.	Dez. II	Ersparnis d. Umsetzung der Konsolidierungsmaßnahmen	Grds. +	Der Höhe der errechneten Einsparungen kann so nicht gefolgt werden. Sie ist im Wesentlichen von den Umsetzungsmaßnahmen abhängig.	+	Einstimmig beschlossen
53.	Dez. I	Einführung eines Politikmonitoring zu den beschlossenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung	+	Der zusätzliche Personalaufwand muss sich in vertretbarem Rahmen bewegen.	+ Die Verwaltung unterbreitet in der ersten Sitzung des Rates nach der Sommerpause 2010 einen entsprechenden Vorschlag (siehe hierzu Vorschlag Rödl & Partner Pkt. 29.3, Seite 235 des Berichtes Teil 1)	Einstimmig beschlossen entsprechend des Meinungsbildes des Haupt- und Finanzausschusses vom 19.06.2010